



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 4. April 2008 (07.04)  
(OR. en)**

**8046/08**

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2004/0156 (COD)**

---

**TRANS 104  
MAR 53  
AVIATION 88  
RECH 107  
CAB 19  
FIN 112  
CODEC 426**

**BERICHT**

des	Ausschusses der Ständigen Vertreter
an den	Rat
Nr. Vordokument:	8031/08 TRANS 103 MAR 52 AVIATION 86 RECH 106 CAB 18 FIN 111 CODEC 422
Nr. Kommissionsvorschlag:	13113/07 TRANS 281 MAR 68 AVIATION 156 RECH 247 CAB 32 FIN 438 CODEC 990
Betr.:	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die weitere Durchführung der europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS und Galileo) - Allgemeine Ausrichtung

1. Die Kommission hat dem Rat und dem Europäischen Parlament am 25. September 2007 den eingangs erwähnten Vorschlag übermittelt, der der Tatsache Rechnung trägt, dass die Konzessionsregelung für die Errichtungsphase des Programms Galileo aufgegeben wurde und diese Phase vollständig von der Europäischen Gemeinschaft übernommen wird. Im geänderten Verordnungsvorschlag ist der aus dem Gemeinschaftshaushalt bereitzustellende Mittelbedarf für die europäischen GNSS-Programme für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 ausgewiesen. Mit der Verordnung wird zudem eine Verbesserung der öffentlichen Programmleitung vor allem durch Anwendung des Grundsatzes einer strikten Abgrenzung der Zuständigkeiten angestrebt.

2. Es fanden mehrere Verhandlungsrunden mit dem Europäischen Parlament statt, um eine Einigung im Rahmen der ersten Lesung zu erreichen. Während des informellen Trilogs vom 3. April 2008 wurde ein Gesamtkompromiss über das Verhandlungspaket erzielt. Der *ad referendum* mit dem Europäischen Parlament vereinbarte Text (siehe Anlage I) wurde vom AStV auf seiner Tagung vom 4. April gebilligt.
3. Der von beiden Seiten vereinbarte Text der Verordnung wird in der Sitzung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments am 8. April 2008 zur Abstimmung gebracht. Die Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments wird so bald wie möglich stattfinden.
4. Der Rat wird daher ersucht,
  - eine allgemeine Ausrichtung zum Text der Verordnung in Anlage I festzulegen;
  - die in Anlage II wiedergegebenen Erklärungen in das Protokoll über seine Tagung aufzunehmen.

**Geänderter Vorschlag für eine  
VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES  
über die weitere Durchführung  
der europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS und Galileo)**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 156,

gestützt auf den Vorschlag der Kommission<sup>1</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>2</sup>,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen<sup>3</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der europäischen Politik im Bereich der Satellitennavigation wird das Ziel verfolgt, die Europäische Gemeinschaft mit zwei Satellitennavigationssystemen (GNSS) auszustatten. Diese Systeme werden im Rahmen der Programme EGNOS und Galileo (nachstehend "Programme" genannt) errichtet. Die Infrastruktur beider Systeme umfasst jeweils Satelliten und ein weltweites Netz von Bodenstationen.

---

<sup>1</sup> ABl. C [...] vom [...], S. [...].

<sup>2</sup> ABl. C [...] vom [...], S. [...].

<sup>3</sup> ABl. C [...] vom [...], S. [...].

- (2) Die Programme erfüllen voll und ganz die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips. Die Errichtung der Infrastruktur für die Satellitennavigation überschreitet die finanziellen und technischen Möglichkeiten eines einzelnen Mitgliedstaats, so dass ein Handeln auf Gemeinschaftsebene der beste Weg zur Durchführung dieser Programme ist.
- (3) Das Galileo-Programm zielt darauf ab, die erste weltweite Infrastruktur für die satellitengestützte Funknavigation und -ortung zu schaffen, die speziell für zivile Zwecke konzipiert wurde. Das im Rahmen des Galileo-Programms geschaffene System ist vollkommen unabhängig von anderen bereits bestehenden oder etwaigen künftigen Systemen.
- (4) Das EGNOS-Programm soll der Verbesserung der Signalqualität der bestehenden globalen Satellitennavigationssysteme dienen.
- (5) Das Europäische Parlament, der Rat und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben die europäischen GNSS-Programme wiederholt uneingeschränkt unterstützt.
- (6) Der Ausbau der Satellitennavigation steht voll und ganz im Einklang mit der Lissabon-Strategie und der von der Gemeinschaft in anderen Bereichen verfolgten Politik, wie zum Beispiel der im Weißbuch der Kommission<sup>4</sup> dargelegten Verkehrspolitik. Gegebenenfalls sollte die Kommission der Entwicklung der GNSS-Anwendungen und -Dienste im mehrjährigen Arbeitsprogramm besonderes Augenmerk widmen.

---

<sup>4</sup> Dok. KOM(2001) 370 endg. vom 12.9.2001.

- (7) Die Programme zählen zu den vorrangigen Projekten, die in die von der Kommission vorgeschlagene und vom Europäischen Rat gebilligte Wachstumsinitiative aufgenommen wurden. Sie gelten auch als eine der Hauptleistungen des künftigen europäischen Raumfahrtprogramms, wie in der Mitteilung zur Europäischen Raumfahrtpolitik<sup>5</sup> ausgeführt wird.
- (8) Das Galileo-Programm umfasst eine Definitions-, eine Entwicklungs-, eine Errichtungs- und eine Betriebsphase. Die Errichtungsphase soll 2008 beginnen und 2013 abgeschlossen sein. Das System sollte bis 2013 betriebsbereit sein.
- (9) Die Definitions- und die Entwicklungsphase des Galileo-Programms, die den der Forschung gewidmeten Teil des Programms darstellen, wurden aus dem Gemeinschaftshaushalt für die transeuropäischen Netze und von der Europäischen Weltraumorganisation finanziert. Die Errichtungsphase soll vollständig von der Europäischen Gemeinschaft finanziert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt kann entschieden werden, ob für den Betrieb und die Erweiterung des Systems nach 2013 öffentlich-private Partnerschaften oder andere Formen der Auftragsvergabe an die Privatwirtschaft in Frage kommen.
- (9a) Es sei darauf hingewiesen, dass das Zentrum für den sicherheitskritischen Dienst entscheiden kann, sich zu einem voll qualifizierten gleichwertigen Galileo-Satelliten-Kontrollzentrum weiterzuentwickeln, dessen Vermögensgegenstände Eigentum der Gemeinschaft sein werden. Die für diese Weiterentwicklung erforderlichen Investitionen bedeuten keine zusätzlichen Kosten für den Gemeinschaftshaushalt, der für das europäische GNSS-Programm für den Zeitraum 2007 bis 2013 vereinbart wurde. In diesem Fall wird – ohne dass die operativen Kapazitäten der Zentren in Oberpfaffenhofen und Fucino dadurch beeinträchtigt würden – dafür Sorge getragen, dass dieses Zentrum bis Ende 2013 als vollständig einsatzfähiges Galileo-Satelliten-Kontrollzentrum qualifiziert ist, sofern es den für alle Zentren geltenden notwendigen Anforderungen genügt und in das dann aus den drei vorgenannten Zentren bestehende Galileo-Netz aufgenommen wird.

---

<sup>5</sup> Dok. KOM(2007) 212 endg. vom 26.4.2007.

- (10) Es ist wichtig, dass die Finanzierung des EGNOS-Systems einschließlich seiner Funktions-, Bestands- und Marktfähigkeit durch die Europäische Gemeinschaft sichergestellt wird. Für den Betrieb von EGNOS könnten ein oder mehrere öffentliche Dienstleistungsaufträge – insbesondere an die Privatwirtschaft – vergeben werden, bis das System vollständig in den Betrieb von Galileo einbezogen ist.
- (11) Da die europäischen Satellitennavigationsprogramme inzwischen ein fortgeschrittenes Reifestadium erreicht haben und weit über den Rahmen einfacher Forschungsprojekte hinausgehen, ist es erforderlich, sie auf eine besondere Rechtsgrundlage zu stellen, die den Bedürfnissen der Programme besser gerecht werden kann und der Anforderung einer wirtschaftlichen Haushaltsführung besser entspricht.
- (11a) Die im Rahmen der europäischen Satellitennavigationsprogramme geschaffenen Systeme sind Infrastrukturen, die als transeuropäische Netze gestaltet wurden und deren Nutzung weit über die Landesgrenzen der Mitgliedstaaten hinausreicht. Die über diese Systeme angebotenen Dienstleistungen tragen zudem zum Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei. Daher ist Artikel 156 des Vertrags für diese Verordnung die geeignete Rechtsgrundlage, mit der die weitere Durchführung der Europäischen GNSS-Programme sichergestellt wird.
- (12) Die ordnungsgemäße öffentliche Lenkung der Programme Galileo und EGNOS setzt zum einen voraus, dass strikt abgegrenzte Zuständigkeiten der Europäischen Kommission, der Europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde (nachstehend "GSA" genannt) und der Europäischen Weltraumorganisation (nachstehend "ESA" genannt) bestehen, und zum anderen, dass die Europäische Gemeinschaft, die von der Kommission vertreten wird, die Verwaltung der Programme sicherstellt. Die Kommission muss die dafür geeigneten Instrumente bereitstellen und über die notwendigen Mittel verfügen, insbesondere was Unterstützung angeht.

- (12a) Angesichts der Bedeutung, Einzigartigkeit und Komplexität der europäischen GNSS-Programme sowie des gemeinschaftlichen Eigentums an den aus den Programmen hervorgegangenen Systemen und der vollständigen Finanzierung der Programme durch den Gemeinschaftshaushalt für den Zeitraum 2008-2013 sehen das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission den Nutzen einer engen Zusammenarbeit der drei Organe. Zu diesem Zweck werden das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission im Interinstitutionellen Galileo-Ausschuss gemäß der Gemeinsamen Erklärung vom ../../2008 zusammenarbeiten.
- (12b) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1321/2004 des Rates vom 12. Juli 2004 über die Verwaltungsorgane der europäischen Satellitennavigationsprogramme <sup>6</sup> wurde die GSA geschaffen. Die GSA, eine Einrichtung im Sinne des Artikels 185 der Haushaltsordnung, ist an die für Gemeinschaftseinrichtungen geltenden Pflichten gebunden.
- (12c) Unter Wahrung der Programmverwalterrolle der Kommission sorgt die GSA gemäß den von der Kommission festgelegten Leitlinien für die Sicherheitsakkreditierung des Systems und den Betrieb der Galileo-Sicherheitszentrale und trägt zur Vorbereitung der kommerziellen Nutzung der Systeme im Hinblick auf einen reibungslosen Betrieb, eine unterbrechungsfreie Leistungserbringung und eine hohe Marktdurchdringung bei. Darüber hinaus soll die GSA auch in der Lage sein, weitere, ihr von der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften übertragene, Aufgaben, insbesondere die Werbung für Anwendungen und Dienste auf dem Satellitennavigationsmarkt und die Gewährleistung der Zertifizierung der Systemkomponenten, zu erfüllen.

---

<sup>6</sup> ABl. L 246 vom 20.7.2004, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1942/2006 des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABl. L 367 vom 22.12.2006, S. 18).

- (12d) Das Europäische Parlament und der Rat fordern die Kommission auf, einen Vorschlag zur formalen Anpassung der Strukturen für die Verwaltung der in der Verordnung (EG) Nr. 1321/2004 vorgesehenen Programme an die neuen Aufgaben der Kommission und der GSA vorzulegen.
- (13) Um die Fortführung der Programme Galileo und EGNOS zu gewährleisten, muss ein geeigneter Finanz- und Rechtsrahmen geschaffen werden, der es der Europäischen Gemeinschaft ermöglicht, diese Programme weiterhin zu finanzieren. Des Weiteren muss der Betrag angegeben werden, der für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 erforderlich ist, um den Abschluss der Entwicklungs- und der Errichtungsphase von Galileo, den Betrieb von EGNOS und die Vorbereitung der Betriebsphase der Programme zu finanzieren.
- (14) Das Europäische Parlament und der Rat haben beschlossen<sup>7</sup>, dass der Gesamtbetrag der Betriebskosten der Systeme Galileo und EGNOS für den Zeitraum 2007–2013 mit 3 405 Mio. EUR zu laufenden Preisen veranschlagt wird. In der geltenden Finanzplanung (2007–2013) war bereits ein Betrag in Höhe von 1 005 Mio. EUR vorgesehen. Dieser Betrag wurde durch Beschluss der Haushaltsbehörde nach einer Überprüfung des geltenden Finanzrahmens (2007–2013) um zusätzliche 2 000 Mio. EUR erhöht. Des Weiteren wird im Rahmen des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung<sup>8</sup> ein Betrag von 400 Mio. EUR bereitgestellt, so dass für den Zeitraum von 2007 bis 2013 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 3 405 Mio. EUR für die Programme bereitgestellt werden.
- (14a) Bei der Bereitstellung dieser Gemeinschaftsmittel sind effektive Vergabeverfahren und Vertragsverhandlungen, bei denen das beste Preis-Leistungs-Verhältnis erzielt wird, sowie verlässliche Leistungserbringung, nahtlose Kontinuität von Programmen, Risikomanagement und Einhaltung des vorgeschlagenen Zeitplans ausschlaggebend. Dies ist von der Kommission zu gewährleisten.

---

<sup>7</sup> Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 zur Änderung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung im Hinblick auf den mehrjährigen Finanzrahmen (ABl. L 6 vom 10.1.2008).

<sup>8</sup> Titel 06 des Haushaltsplans.



- (14b) Nach Artikel 18 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften können Mitgliedstaaten sowie Drittländer und internationale Organisationen auf der Grundlage entsprechender Abkommen finanzielle Leistungen oder Sachleistungen zu den Programmen beitragen.
- (15) Es sei darauf hingewiesen, dass bei den derzeit für den Zeitraum 2007-2013 veranschlagten Investitions- und Betriebskosten der Systeme Galileo und EGNOS unvorhergesehene finanzielle Verpflichtungen nicht berücksichtigt wurden, die sich für die Europäische Gemeinschaft insbesondere im Hinblick auf höhere Gewalt oder auf einen verhängnisvollen Totalausfall ergeben könnten und die insbesondere im Zusammenhang mit der außervertraglichen Haftung stehen, die sich daraus ergibt, dass die Systeme im öffentlichen Eigentum stehen.
- (16) Die durch den kommerziellen Dienst ("Commercial Service", CS) von Galileo aus dem Betrieb der Systeme Galileo und EGNOS erwirtschafteten Einnahmen müssen der Europäischen Gemeinschaft zufließen, damit die Wiedereinbringung der von ihr zuvor getätigten Investitionen sichergestellt ist. Es könnte jedoch in den mit der Privatwirtschaft geschlossenen Verträgen ein Verfahren zur Einnahmenteilung vorgesehen werden.
- (17) [...]

(18) [...]

- (19) Die Europäische Gemeinschaft sollte mit der ESA eine mehrjährige Übertragungsvereinbarung schließen, die die technischen und programmbezogenen Aspekte der Programme abdeckt. Um es der Kommission als Vertreterin der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen, ihre Kontrollbefugnis umfassend auszuüben, sollte die Übertragungsvereinbarung insbesondere die allgemeinen Bedingungen für die Verwaltung der der ESA zur Verfügung gestellten Mittel beinhalten.
- (19a) Da die Programme von der Europäischen Gemeinschaft finanziert werden, sollte die Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen dieser Programme mit den Grundsätzen der Gemeinschaft für die Vergabe öffentlicher Aufträge in Einklang stehen und vor allem auf ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Kostenkontrolle und Verringerung von Risiken, aber auch auf mehr Effizienz und weniger Abhängigkeiten infolge einer Beschränkung auf eine einzige Bezugsquelle abzielen. Es sollte für einen offenen Zugang und einen fairen Wettbewerb über die gesamte industrielle Lieferkette gesorgt werden, um die Möglichkeit einer ausgewogenen Beteiligung der Industrie auf allen Ebenen, insbesondere auch der KMU, und in allen Mitgliedstaaten zu eröffnen. Ein möglicher Missbrauch einer beherrschenden Stellung und eine langfristige Abhängigkeit von einzelnen Zulieferern sollten vermieden werden. Um Risiken für das Programm zu verringern, die Abhängigkeit von einer einzigen Beschaffungsquelle zu vermeiden und eine bessere Gesamtkontrolle des Programms, der Kosten und des Zeitplans zu gewährleisten, sollte auf doppelte Beschaffungsquellen zurückgegriffen werden, wo immer dies zweckdienlich ist. Die europäische Industrie sollte die Möglichkeit haben, außereuropäische Bezugsquellen für bestimmte Komponenten und Leistungen in Anspruch zu nehmen, wenn deutliche Vorteile in Bezug auf Qualität und Kosten nachweisbar sind, wobei dem strategischen Charakter der europäischen GNSS-Programme und der Sicherheits- und Ausfuhrkontrollbestimmungen der EU Rechnung zu tragen ist. Frühere Investitionen sowie die Erfahrung und die Fähigkeiten der Industrie, auch soweit sie in den Definitions- und Entwicklungsphasen der europäischen GNSS-Programme gewonnen wurden, sollten genutzt werden, wobei gleichzeitig sicherzustellen ist, dass der Wettbewerb bei den Ausschreibungen nicht behindert wird.

- (19b) Alle Arbeitspakete im Zusammenhang mit der Errichtungsphase des Programms Galileo sollten in Einklang mit den Grundsätzen der EU für die Auftragsvergabe so weit wie möglich dem Wettbewerb offenstehen; um Investitionen in Raumfahrtprogramme sicherzustellen, sollte die Beschaffung für Raumfahrtprogramme neuen Marktteilnehmern und KMU auf breiterer Basis offenstehen, wobei technologische Exzellenz und Kostenwirksamkeit sichergestellt werden sollten.
- (20) Die Kommission sollte bei der Durchführung dieser Verordnung durch einen Ausschuss mit der Bezeichnung "Ausschuss für die europäischen GNSS-Programme" unterstützt werden. Da das Bestreben nach einer ordnungsgemäßen öffentlichen Programmleitung es erforderlich macht, die Einheitlichkeit der Programmverwaltung, eine beschleunigte Entscheidungsfindung und den gleichen Zugang zu Informationen zu gewährleisten, können Vertreter des GSA und der ESA in die Arbeit des Ausschusses für die europäischen GNSS-Programme eingebunden werden.
- (20a) Fragen, die ausschließlich unter Titel V und/oder Titel VI des Vertrags über die Europäische Union fallen, gehören nicht zum Aufgabenbereich des Ausschusses für die europäischen GNSS-Programme.
- (20b) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse<sup>9</sup> erlassen werden.
- (21) Insbesondere sollte die Kommission die Befugnis erhalten, alle erforderlichen Maßnahmen zu erlassen, um die Kompatibilität und Interoperabilität der Systeme sicherzustellen. Da es sich hierbei um Maßnahmen von allgemeiner Tragweite handelt, die diese Verordnung durch neue nicht wesentliche Bestimmungen ergänzen, müssen sie im Wege des Regelungsverfahrens mit Kontrolle gemäß Artikel 5a des Beschlusses 1999/468/EG erlassen werden.

---

<sup>9</sup> ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23. Geändert durch den Beschluss 2006/512/EG (ABl. L 200 vom 22.7.2006, S. 11).

- (21a) Die Europäische Gemeinschaft sollte Eigentümerin aller materiellen und immateriellen Vermögenswerte sein, die im Rahmen der Programme entstehen oder entwickelt werden. Um jedoch alle grundlegenden Rechtsansprüche im Zusammenhang mit dem Eigentum uneingeschränkt wahren zu können, sollten die erforderlichen Vereinbarungen mit bestehenden Eigentümern geschlossen werden.
- (21b) Intensiver Aufmerksamkeit bedarf die Zertifizierung von EGNOS für alle Verkehrsträger, insbesondere den Luftverkehr, damit das System für betriebsbereit erklärt und so bald wie möglich eingesetzt werden kann.
- (22) In dieser Verordnung wird für die weitere Durchführung der Programme eine Finanzausstattung festgelegt, die für die Haushaltsbehörde im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens den vorrangigen Bezugsrahmen im Sinne der Nummer 37 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung<sup>10</sup> bildet.
- (23) Es ist sicherzustellen, dass das Europäische Parlament und der Rat regelmäßig über die Durchführung der Programme unterrichtet werden –

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

---

<sup>10</sup> In der durch den Beschluss 2008/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 geänderten Fassung.

# KAPITEL I

## GEGENSTAND UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

### *Artikel 1*

#### **Die europäischen GNSS-Systeme und -Programme**

1. Die Programme EGNOS und Galileo (nachstehend "Programme" genannt) umfassen alle erforderlichen Tätigkeiten zur Definition, Entwicklung, Validierung, Errichtung, Nutzung, Erneuerung und Verbesserung der beiden europäischen Satellitennavigationssysteme (GNSS), nämlich des EGNOS-Systems und des aus dem Galileo-Programm hervorgegangenen Systems (nachstehend "Systeme" genannt).
2. Bei dem EGNOS-System handelt es sich um eine Infrastruktur, die der Überwachung und Korrektur von Signalen dient, die von bestehenden globalen Satellitennavigationssystemen gesendet werden. Es umfasst Bodenstationen und mehrere auf geostationären Satelliten installierte Transponder.
3. Das im Rahmen des Galileo-Programms errichtete System stellt eine autonome GNSS-Infrastruktur dar, die eine Satellitenkonstellation und ein weltweites Netz von Bodenstationen umfasst.
4. Die spezifischen Ziele der Programme sind im Anhang wiedergegeben.

### *Artikel 2*

#### **Gegenstand**

In dieser Verordnung werden die Modalitäten für die Durchführung der Programme festgelegt, einschließlich der für die Programmleitung und für den Finanzbeitrag der Europäischen Gemeinschaft geltenden Modalitäten.

### **Phasen des Galileo-Programms**

Das Galileo-Programm umfasst die folgenden Phasen:

- eine Definitionsphase, während der die Systemarchitektur konzipiert und die Systemkomponenten festgelegt wurden; diese Phase wurde 2001 abgeschlossen;
- eine Entwicklungs- und Validierungsphase, die den Bau und den Start der ersten Satelliten, die Errichtung der ersten Infrastruktur am Boden sowie alle Arbeiten und Tätigkeiten umfasst, die die Validierung des Systems in der Umlaufbahn ermöglichen. Diese Phase soll Ende 2010 abgeschlossen werden;
- eine Errichtungsphase, die die Errichtung der gesamten Infrastruktur im Weltraum und am Boden sowie zugehörige Tätigkeiten umfasst. Diese Phase soll von 2008 bis 2013 dauern. Sie schließt die Vorbereitungen für die Betriebsphase ein;
- eine Betriebsphase, die die Verwaltung der Infrastruktur, die Instandhaltung, ständige Verbesserung und Erneuerung des Systems, die Zertifizierungs- und Normungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem Programm, die Vermarktung des Systems sowie alle anderen Tätigkeiten umfasst, die für die Entwicklung des Systems und eine ordnungsgemäße Abwicklung des Programms erforderlich sind. Die Betriebsphase soll spätestens mit dem Abschluss der Errichtungsphase beginnen.

**Finanzierung des Galileo-Programms**

1. Die Entwicklungs- und Validierungsphase wird von der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Weltraumorganisation (nachstehend "ESA" genannt) finanziert.
2. Die Errichtungsphase wird unbeschadet der Absätze 4 und 5 von der Europäischen Gemeinschaft finanziert.
3. Die Kommission wird aufgefordert, aufgrund ihrer Zuständigkeit in Bezug auf das öffentliche Eigentum an dem System dem Europäischen Parlament und dem Rat im Jahr 2010 zusammen mit ihrer Halbzeitüberprüfung einen geeigneten Vorschlag für den mit dem Jahr 2014 beginnenden Finanzplanungszeitraum vorzulegen, der die öffentlichen Mittel und Mittelbindungen einschließlich etwaiger Verpflichtungen für die Betriebsphase, die Zielsetzungen für eine Preisbildungspolitik, mit der sichergestellt wird, dass Kunden hochwertige Leistungen zu fairen Preisen erhalten, und das für die Betriebsphase erforderliche Verfahren zur Einnahmenteilung betrifft. Der Vorschlag muss insbesondere eine mit Begründung versehene Machbarkeitsstudie einschließen, in der die Vor- und Nachteile eines Rückgriffs auf an die Privatwirtschaft vergebene Dienstleistungskonzessionen oder öffentliche Dienstleistungsaufträge untersucht werden.

Gegebenenfalls ist von der Kommission zusammen mit ihrer Halbzeitüberprüfung ferner ein Vorschlag mit geeigneten Maßnahmen, durch welche die Entwicklung von GNSS-Anwendungen und -Dienstleistungen erleichtert wird, vorzulegen.

4. Die Mitgliedstaaten können zusätzliche Finanzmittel für das Programm bereitstellen, damit in bestimmten Fällen die Investitionen abgedeckt werden können, die für die Weiterentwicklung der vereinbarten Systemarchitektur benötigt werden. Die aus diesen Beiträgen entstehenden Einnahmen bilden zweckgebundene Einnahmen nach Artikel 18 Absatz 2 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften <sup>11</sup>.

Nach dem Grundsatz der transparenten Verwaltung unterrichtet die Kommission den Ausschuss des Artikels 14 über alle mit der Anwendung des Unterabsatzes 1 einhergehenden Auswirkungen.

5. Drittländer oder internationale Organisationen können ebenfalls zusätzliche Finanzmittel für das Programm bereitstellen. In Vereinbarungen, die die Europäische Gemeinschaft nach Artikel 300 des Vertrags zu diesem Zweck mit Drittländern oder internationalen Organisationen schließt, werden die für deren Beteiligung geltenden Bedingungen und Modalitäten festgelegt.

#### *Artikel 5*

#### **Betrieb des EGNOS-Systems**

Der Betrieb des EGNOS-Systems umfasst hauptsächlich die Verwaltung der Infrastruktur, die Instandhaltung, die ständige Verbesserung und Erneuerung des Systems, die Zertifizierungs- und Normungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem Programm und die Vermarktung des Systems.

---

<sup>11</sup> Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002, ABl. L 248 vom 19.9.2002, S. 1.



## *Artikel 6*

### **Finanzierung des Betriebs des EGNOS-Systems**

1. Die Europäische Gemeinschaft finanziert den Betrieb von EGNOS unbeschadet der Finanzbeiträge aus anderen Quellen, zu denen auch die in den Absätzen 3 und 4 genannten Quellen zählen.
2. Für den Betrieb von EGNOS werden anfänglich ein oder mehrere öffentliche Dienstleistungsaufträge vergeben.
3. Die Mitgliedstaaten können nach Artikel 18 Absatz 2 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften zusätzliche Finanzmittel für das EGNOS-Programm bereitstellen.
4. Drittländer oder internationale Organisationen können ebenfalls zusätzliche Finanzmittel für das Programm bereitstellen. In Vereinbarungen, die die Europäische Gemeinschaft nach Artikel 300 des Vertrags zu diesem Zweck mit Drittländern oder internationalen Organisationen schließt, werden die für deren Beteiligung geltenden Bedingungen und Modalitäten festgelegt.

## *Artikel 6a*

### **Kompatibilität und Interoperabilität der Systeme**

1. Die Kommission unternimmt alle Anstrengungen, um die Kompatibilität und Interoperabilität der Systeme, Netze und Dienste von EGNOS und Galileo zu gewährleisten, und entwickelt die Vorzüge der Kompatibilität und Interoperabilität von EGNOS und Galileo mit anderen Navigationssystemen und nach Möglichkeit mit konventionellen Navigationsmitteln weiter.
2. Erforderliche Maßnahmen zur Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Verordnung durch Ergänzung in Bezug auf Absatz 1 werden nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle gemäß Artikel 14 Absatz 3 erlassen.

*Artikel 6b*

**Eigentum**

Die Europäische Gemeinschaft ist Eigentümerin aller materiellen und immateriellen Vermögenswerte, die im Rahmen der Programme entstehen oder entwickelt werden; in diesem Zusammenhang werden, soweit dies angebracht ist, Vereinbarungen mit Dritten in Bezug auf bereits bestehende Eigentumsrechte geschlossen.

KAPITEL II  
**HAUSHALTSMITTEL UND HAUSHALTSVERFAHREN**

*Artikel 7*

**Erfasste Tätigkeiten**

1. Die den Programmen durch diese Verordnung zugewiesenen Haushaltsmittel der Gemeinschaft, dienen der Finanzierung
  - a) der Tätigkeiten, die mit dem Abschluss der Entwicklungs- und Validierungsphase des Galileo-Programms zusammenhängen,
  - b) der Tätigkeiten, die mit der Errichtungsphase des Galileo-Programms zusammenhängen, einschließlich der in dieser Phase erforderlichen Verwaltungs- und Kontrollmaßnahmen,
  - c) der Tätigkeiten, die mit dem Betrieb von EGNOS zusammenhängen, sowie Maßnahmen im Vorfeld oder zur Vorbereitung der Betriebsphase der Programme.
2. Um die Kosten der Programme und die in den verschiedenen Programmphasen anfallenden Kosten genau ermitteln zu können, unterrichtet die Kommission nach dem Grundsatz der transparenten Verwaltung den Ausschuss des Artikels 14 jährlich über die Aufteilung der Gemeinschaftsmittel auf die Tätigkeiten gemäß Absatz 1.

## *Artikel 8*

### **Haushaltsmittel**

1. Der für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 für die Durchführung der Tätigkeiten nach Artikel 7 bereitgestellte Betrag beläuft sich auf 3 405 Mio. EUR zu laufenden Preisen, einschließlich des Betrags von 400 Mio. EUR, der aus dem Siebten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung bereitgestellt wird.<sup>12</sup>
2. Die Mittel werden jährlich von der Haushaltsbehörde innerhalb der im mehrjährigen Finanzrahmen festgelegten Grenzen genehmigt. Die Mittelausführung erfolgt gemäß der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften.
3. Die Mittelbindungen für die Programme werden in jährlichen Tranchen ausgeführt.
4. [...]

## *Artikel 9*

### **Einnahmen aus dem Betrieb**

1. Die Einnahmen aus dem Betrieb der Systeme werden von der Europäischen Gemeinschaft vereinnahmt; sie werden dem Gemeinschaftshaushalt zugeführt und den Programmen zugewiesen. Fallen die zugewiesenen Einnahmen höher aus als für die Programme erforderlich, so wird der Zuweisungsgrundsatz von der Haushaltsbehörde gebilligt, die sich dabei auf einen Vorschlag der Kommission stützt.
2. Ein Verfahren zur Einnahmenteilung kann in den mit der Privatwirtschaft geschlossenen Verträgen vorgesehen werden.

---

<sup>12</sup> ABl. L [...] vom [...], S. [...].

## KAPITEL III

### ÖFFENTLICHE PROGRAMMLENKUNG

#### *Artikel 10*

#### **Allgemeiner Rahmen für die Programmlenkung**

1. Die öffentliche Programmlenkung beruht auf einer strikten Trennung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Gemeinschaft, vertreten durch die Kommission, der Aufsichtsbehörde für das europäische GNSS (nachstehend "GSA" genannt) und der ESA.
2. Die Kommission, die von dem Ausschuss des Artikels 14 unterstützt wird, ist für die Verwaltung der Programme zuständig, die sie in transparenter Weise durchführt. Durch klare Aufgabenteilung mit der GSA und der ESA vermeidet sie Doppelstrukturen und -funktionen. Sie kann auch die Unterstützung von Experten der Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen, und sie führt finanzielle und technische Überprüfungen (Audits) durch.
3. Die Kommission stellt die geeigneten Instrumente bereit, einschließlich der Durchführung eines integrierten Risikomanagements für alle Galileo-Programmebenen sowie struktureller Maßnahmen zur Erkennung, Beherrschung, Verringerung und Überwachung von Risiken, und sie stellt sicher, dass sie über ausreichende Mittel zur Wahrnehmung dieser Aufgaben verfügt. Hierzu legt die Kommission nach dem Beratungsverfahren gemäß Artikel 14 Absatz 1a wichtige Entscheidungszeitpunkte fest, zu denen die Durchführung der Programme überprüft werden soll.

**Sicherheitsmanagement**

1. Die Kommission ist für alle Fragen in Verbindung mit der Sicherheit der Systeme zuständig, wobei sie der Aufsicht und der Integration der Sicherheitsanforderungen in das Gesamtprogramm angemessen Rechnung trägt.
2. Die Kommission erlässt nach dem Regelungsverfahren gemäß Artikel 14 Absatz 2a Durchführungsmaßnahmen, in denen die wichtigsten technischen Anforderungen an die Kontrolle des Zugangs zu bzw. die Handhabung von Technologien, die die Systemsicherheit gewährleisten, festgelegt sind.
3. Die Kommission stellt sicher, dass die erforderlichen Schritte zur Befolgung der vorgeannten Maßnahmen unternommen werden und dass weitere Anforderungen, die mit der Systemsicherheit im Zusammenhang stehen, erfüllt werden; sie trägt dabei Expertenempfehlungen umfassend Rechnung.
4. Sollte der Betrieb der Systeme die Sicherheit der Europäischen Union oder ihrer Mitgliedstaaten gemäß der Gemeinsamen Aktion 2004/552/GASP berühren, so gelten die Verfahren der Gemeinsamen Aktion.
5. Fragen, die ausschließlich unter Titel V und/oder Titel VI des Vertrags über die Europäische Union fallen, gehören nicht zum Aufgabenbereich des Ausschusses des Artikels 14.

**Anwendung der Sicherheitsvorschriften**

1. Die Mitgliedstaaten wenden auf jede in ihrem Hoheitsgebiet ansässige natürliche Person und jede dort niedergelassene juristische Person, die Zugang zu programmrelevanten EU-Verschlusssachen hat, Sicherheitsvorschriften an, die einen mindestens gleichwertigen Schutz sicherstellen wie die Sicherheitsvorschriften der Kommission im Anhang zu dem Beschluss 2001/844/EG, EGKS, Euratom der Kommission vom 29. November 2001<sup>13</sup> sowie die Sicherheitsvorschriften des Rates der Europäischen Union im Anhang zu dem Beschluss 2001/264/EG des Rates vom 19. März 2001<sup>14</sup>.
2. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission unverzüglich über die Annahme von innerstaatlichen Sicherheitsvorschriften nach Absatz 1.
3. In Drittstaaten ansässige natürliche Personen und dort niedergelassene juristische Personen, die Zugang zu programmrelevanten EU-Verschlusssachen erhalten sollen, müssen in diesen Staaten Sicherheitsvorschriften unterworfen sein, die einen mindestens gleichwertigen Schutz sicherstellen wie die Sicherheitsvorschriften der Kommission im Anhang zu dem Beschluss 2001/844/EG, EGKS, Euratom der Kommission vom 29. November 2001 sowie die Sicherheitsvorschriften des Rates der Europäischen Union im Anhang zu dem Beschluss 2001/264/EG des Rates vom 19. März 2001. Für diese Zwecke gelten die Sicherheitsvorschriften der ESA als gleichwertig. Die Gleichwertigkeit der in einem Drittstaat geltenden Sicherheitsvorschriften kann in einer Vereinbarung mit diesem Staat anerkannt werden.

---

<sup>13</sup> ABl. L 317 vom 3.12.2001, S. 1.

<sup>14</sup> ABl. L 101 vom 11.4.2001, S. 1.

**Programmplanung**

1. Die Europäische Kommission verwaltet die Mittel, die den Programmen nach dieser Verordnung zugewiesen werden.
2. Die Kommission **erlässt Maßnahmen** zur Festlegung eines strategischen Rahmens — der unter anderem die wichtigsten Maßnahmen, die veranschlagten Mittel und den zugehörigen Zeitplan enthält, die zur Verwirklichung der im Anhang festgelegten Ziele erforderlich sind — im Hinblick auf die Erstellung eines Arbeitsprogramms entsprechend den in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen.

Diese Maßnahmen, durch die nicht wesentliche Bestimmungen dieser Verordnung durch ihre Ergänzung geändert werden sollen, werden nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle gemäß Artikel 14 Absatz 3 erlassen.

3. Die Kommission nimmt das Arbeitsprogramm, den Programmausführungsplan und die damit verbundene Finanzierung, die jährlich überprüft werden, und etwaige Änderungen daran nach dem Verwaltungsverfahren gemäß Artikel 14 Absatz 2 an.
4. [...]
5. Die im Rahmen dieser Verordnung finanzierten Maßnahmen sind im Einklang mit der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006, durchzuführen.



**Rolle der Aufsichtsbehörde für das europäische GNSS (GSA)**

Vorbehaltlich der Bestimmungen von Artikel 10 und der Wahrung der Programmverwalterrolle der Kommission erfüllt die GSA nach Maßgabe der von der Kommission vorgegebenen Leitlinien die folgenden Aufgaben im Rahmen der Programme:

- a. In Bezug auf die Programmsicherheit gewährleistet sie unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 10a und 10b:
  - die Sicherheitsakkreditierung; dazu initiiert und überwacht sie die Anwendung der Sicherheitsverfahren und führt sie die Prüfungen in Bezug auf die Systemsicherheit durch,
  - den Betrieb der Galileo-Sicherheitszentrale, der gemäß den auf der Grundlage des Artikels 10a zu treffenden Entscheidungen und den Vorschriften der Gemeinsamen Aktion 2004/552/GASP durchgeführt wird.
- b. Sie arbeitet an der Vorbereitung der kommerziellen Nutzung der Systeme, einschließlich der Durchführung der erforderlichen Marktanalyse, mit.
- c. Ferner kann sie weitere ihr von der Kommission gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften übertragene Aufgaben in speziellen programmbezogenen Bereichen ausführen; unter anderem
  - sorgt sie für die Werbung für Anwendungen und Dienste auf dem Satellitennavigationsmarkt;
  - gewährleistet sie, dass die Systemkomponenten von geeigneten, ordnungsgemäß ermächtigten Zertifizierungsstellen zertifiziert werden.

**Grundsätze für die Auftragsvergabe während der Errichtungsphase von Galileo**

1. Die Vorschriften der Gemeinschaft für die öffentliche Auftragsvergabe, die insbesondere einen offenen Zugang und fairen Wettbewerb über die gesamte industrielle Lieferkette, Ausschreibungen auf der Grundlage transparenter und rechtzeitiger Information und klare Kommunikation über die geltenden Regeln für das Auftragsvergabeverfahren, die Auswahlkriterien und alle anderen sachdienlichen Informationen vorsehen, so dass alle potenziellen Kandidaten gleiche Bedingungen vorfinden, gelten für die Errichtungsphase von Galileo unbeschadet der Maßnahmen, die erforderlich sind, um die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Europäischen Gemeinschaft und die öffentliche Sicherheit zu schützen oder den Ausführungsvorschriften der EU nachzukommen.
2. Bei der Auftragsvergabe werden folgende Ziele verfolgt:
  - a) Förderung einer ausgewogenen Beteiligung der Industrie auf allen Ebenen, insbesondere auch der KMU, in allen Mitgliedstaaten;
  - b) Vermeidung des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung und der langfristigen Abhängigkeit von einzelnen Zulieferern;
  - c) Nutzung früherer Investitionen des öffentlichen Sektors und bisheriger Erfahrungen sowie der Erfahrung und der Fähigkeiten der Industrie, auch soweit sie in den Definitions- und Entwicklungsphasen der europäischen GNSS-Programme gewonnen wurden, wobei gleichzeitig sichergestellt wird, dass der Wettbewerb bei den Ausschreibungen nicht behindert wird.

3. Hierzu gelten die folgenden Grundsätze für die Auftragsvergabe in der Errichtungsphase von Galileo:
- a) Aufteilung der Auftragsvergabe für die Infrastruktur in sechs Hauptarbeitspakete (Systemtechnische Unterstützung, Fertigstellung der Missionsinfrastruktur am Boden, Fertigstellung der Infrastruktur für die Bodenkontrolle, Satelliten, Starteinrichtungen und Betrieb) sowie in mehrere weitere Arbeitspakete durch eine umfassende Aufgliederung der Gesamtauftragsvergabe; dies schließt die Möglichkeit mehrerer paralleler Auftragsvergabebeträge für einzelne Arbeitspakete, einschließlich Satelliten, nicht aus;
  - b) Ausschreibung aller Pakete im freien Wettbewerb und für die sechs Hauptarbeitspakete Nutzung eines einzigen Verfahrens, bei dem eine einzelne unabhängige Rechtsperson oder ein Konsortium, das für diese Zwecke von einer dem Konsortium angehörenden Rechtsperson vertreten wird, ein Angebot für die Aufgabe der Durchführungsstelle für höchstens zwei der sechs Hauptarbeitspakete abgeben kann;
  - c) Vergabe von mindestens 40 % des Gesamtwerts der Tätigkeiten im Rahmen des Wettbewerbs auf verschiedenen Ebenen an Unternehmen, die nicht zu den Konsortien gehören, deren Mitglieder Durchführungsstelle für eines der Hauptpakete sind; die Kommission erstattet dem Ausschuss des Artikels 14 regelmäßig über die Wahrung dieses Grundsatzes Bericht. Geht aus der Planung hervor, dass 40 % nicht erreicht werden können, so ergreift die Kommission gemäß dem Verwaltungsverfahren nach Artikel 14 Absatz 2 die geeigneten Maßnahmen;
  - d) doppelte Beschaffungsquellen, soweit dies angezeigt ist, um eine bessere Gesamtkontrolle des Programms, der Kosten und des Zeitplans zu gewährleisten.

**Rolle der Europäischen Weltraumorganisation (ESA)**

1. Nach den Grundsätzen des Artikels 12a schließt die Europäische Gemeinschaft, vertreten durch die Kommission, auf der Grundlage einer von der Kommission nach Artikel 54 Absatz 2 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften angenommenen Befugnisübertragung eine mehrjährige Übertragungsvereinbarung mit der ESA, in der die übertragenen Aufgaben und die Ausführung des Haushaltsplans im Zusammenhang mit der Durchführung des Galileo-Programms insbesondere für die Errichtungsphase geregelt werden.
2. Soweit dies für die übertragenen Aufgaben und die Ausführung des Haushaltsplans nach Absatz 1 erforderlich ist, werden in der Übertragungsvereinbarung die allgemeinen Bedingungen für die Verwaltung der Mittel, die der Europäischen Weltraumorganisation anvertraut sind, und insbesondere die durchzuführenden Maßnahmen, die damit zusammenhängende Finanzierung, die Verwaltungsverfahren, die Maßnahmen zur Nachverfolgung und Kontrolle, die im Fall einer unzureichenden Durchführung der Vereinbarung anzuwendenden Maßnahmen und die Eigentumsregelung für materielle und immaterielle Vermögensgegenstände festgelegt.
3. Der Ausschuss des Artikels 14 wird nach dem Beratungsverfahren gemäß Artikel 14 Absatz 1a zu der Befugnisübertragung gehört. Der Ausschuss wird über die zwischen der Europäischen Gemeinschaft, vertreten durch die Kommission, und der ESA zu schließende mehrjährige Übertragungsvereinbarung unterrichtet.
4. Der Ausschuss des Artikels 14 wird von der Kommission über die Zwischen- und Endergebnisse der Auswertung der Ausschreibungsverfahren sowie über die von der ESA zu schließenden Verträge mit der Privatwirtschaft unterrichtet.

## *Artikel 14*

### **Ausschussverfahren**

1. Die Kommission wird von einem Ausschuss, nachstehend "Ausschuss für die europäischen GNSS-Programme" genannt, unterstützt.

1a. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 3 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

2. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 4 Absatz 3 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf einen Monat festgesetzt.

2a. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf einen Monat festgesetzt.

3. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten Artikel 5a Absätze 1 bis 4 und Artikel 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

4. Vertreter der GSA und der ESA können als Beobachter an den Beratungen des Ausschusses für die europäischen GNSS-Programme unter den in seiner Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen teilnehmen.

5. Die von der Europäischen Gemeinschaft geschlossenen Vereinbarungen nach Artikel 4 Absatz 5 können die Teilnahme von Drittländern oder internationalen Organisationen an den Beratungen des Ausschusses für die europäischen GNSS-Programme unter den in seiner Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen vorsehen.

#### *Artikel 14a*

Die Kommission stellt sicher, dass der Schutz der personenbezogenen Daten und der Privatsphäre gewahrt und in die technischen Strukturen der Systeme integriert wird.

## KAPITEL IV

### SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### *Artikel 15*

#### **Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft**

1. Die Kommission gewährleistet bei der Durchführung der nach dieser Verordnung finanzierten Maßnahmen den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft durch Präventivmaßnahmen gegen Betrug, Korruption und sonstige rechtswidrige Handlungen, durch wirksame Kontrollen und Wiedereinzahlung zu Unrecht gezahlter Beträge sowie – bei Feststellung von Unregelmäßigkeiten – durch wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen gemäß der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates<sup>15</sup>, der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates<sup>16</sup> und der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>17</sup>.
2. Für die im Rahmen dieser Verordnung finanzierten Gemeinschaftsmaßnahmen bezeichnet der in Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 verwendete Begriff der Unregelmäßigkeit jeden Verstoß gegen eine Gemeinschaftsbestimmung oder jeden Vertragsbruch als Folge einer Handlung oder Unterlassung eines Wirtschaftsteilnehmers, die durch eine ungerechtfertigte Ausgabe einen Schaden für den Gesamthaushalt der Gemeinschaften oder die von ihnen verwalteten Haushalte bewirkt oder bewirken würde.
3. Die auf der Grundlage dieser Verordnung geschlossenen Vereinbarungen, einschließlich der Vereinbarungen mit teilnehmenden Drittländern, sehen eine Überprüfung und Finanzkontrolle durch die Kommission oder einen von ihr bevollmächtigten Vertreter sowie Prüfungen durch den Rechnungshof, die gegebenenfalls an Ort und Stelle durchgeführt werden, vor.

---

<sup>15</sup> ABl. L 312 vom 23.12.1995, S. 1.

<sup>16</sup> ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2.

<sup>17</sup> ABl. L 136 vom 31.5.1999, S. 1.

## *Artikel 16*

### **Unterrichtung des Europäischen Parlaments und des Rates**

Die Kommission gewährleistet die Durchführung dieser Verordnung. Sie legt dem Europäischen Parlament und dem Rat alljährlich bei der Vorlage des Haushaltsplanvorentwurfs einen Bericht über die Durchführung der Programme vor. Eine Halbzeitüberprüfung, die eine Überprüfung der Kosten und Risiken, die mit den von Galileo bereitgestellten Diensten verbunden sind, und der durch diese Dienste voraussichtlich entstehenden Einnahmen – auch unter Berücksichtigung der technologischen Entwicklungen und der Marktentwicklung – einschließen sollte, wird 2010 durchgeführt, um das Europäische Parlament und den Rat über den Programmfortschritt zu unterrichten.

## *Artikel 16a*

### **Aufhebung von Rechtsvorschriften**

Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 876/2002 des Rates<sup>18</sup> wird [...] <sup>19</sup> aufgehoben.

## *Artikel 17*

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Parlaments*  
*Der Präsident*

*Im Namen des Rates*  
*Der Präsident*

---

<sup>18</sup> ABl. L 138 vom 28.5.2002, S. 1.

<sup>19</sup> Ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung.



**Anhang**

**Spezifische Ziele der europäischen GNSS-Programme**

Die spezifischen Ziele des Programms Galileo sollen die Nutzbarkeit der von dem System ausgestrahlten Signale für die folgenden fünf Funktionen gewährleisten:

- Angebot eines offenen Dienstes ("Open Service", OS), der für den Nutzer kostenlos ist und der für Massenanwendungen der Satellitennavigation bestimmte Ortungs- und Synchronisierungsinformationen bietet.
- Angebot eines sicherheitskritischen Dienstes ("Safety of Life Service", SoL), der auf Nutzer zugeschnitten ist, für die die Sicherheit von wesentlicher Bedeutung ist. Dieser Dienst erfüllt auch die Anforderungen bestimmter Sektoren in Bezug auf Kontinuität, Verfügbarkeit und Genauigkeit und umfasst eine Integritätsfunktion, die den Nutzer bei einer Systemfehlfunktion warnt.
- Angebot eines kommerziellen Dienstes ("Commercial Service", CS), der die Entwicklung von Anwendungen für berufliche oder kommerzielle Zwecke aufgrund besserer Leistungen und Daten mit höherem Mehrwert als im offenen Dienst ermöglicht.
- Angebot eines öffentlich regulierten Dienstes ("Public Regulated Service", PRS), der ausschließlich staatlich autorisierten Benutzern für sensible Anwendungen, die eine hochgradige Dienstkontinuität verlangen, vorbehalten ist. Der öffentlich regulierte Dienst arbeitet mit robusten, verschlüsselten Signalen.
- Teilnahme an dem Such- und Rettungsdienst ("Search and Rescue Support Service", SAR) des Systems COSPAS-SARSAT durch Erfassung der Signale von Notfunkbaken und Weiterleitung von Nachrichten an diese Baken.

Die spezifischen Ziele des EGNOS-Programms sollen die Erfüllung der folgenden drei Funktionen durch das EGNOS-System gewährleisten:

- Angebot eines offenen Dienstes, der für den Nutzer kostenlos ist und der für Massen- anwendungen der Satellitennavigation bestimmte Ortungs- und Synchronisierungsinformatio- nen im Abdeckungsgebiet des Systems bietet.
  - Angebot eines Datenübertragungsdienstes mit kommerziellem Charakter, der die Entwicklung von Anwendungen für berufliche oder kommerzielle Zwecke aufgrund besserer Leistungen und Daten mit höherem Mehrwert als im offenen Dienst ermöglicht.
  - Angebot eines sicherheitskritischen Dienstes ("Safety of Life Service", SoL), der auf Nutzer zugeschnitten ist, für die die Sicherheit von wesentlicher Bedeutung ist. Dieser Dienst erfüllt insbesondere die Anforderungen bestimmter Sektoren in Bezug auf Kontinuität, Verfügbar- keit und Genauigkeit und umfasst eine Integritätsfunktion, die den Nutzer bei einer System- fehlfunktion im Abdeckungsgebiet warnt.
-

**ERKLÄRUNG**  
**des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission**  
**zum**  
**"INTERINSTITUTIONELLEN GALILEO-AUSSCHUSS"**

1. Angesichts der Bedeutung, Einzigartigkeit und Komplexität der europäischen GNSS-Programme sowie des gemeinschaftlichen Eigentums an den aus den Programmen hervorgegangenen Systemen und der vollständigen Finanzierung der Programme aus dem Gemeinschaftshaushalt für den Zeitraum 2008 bis 2013 sehen das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der drei Organe.
2. Ein Interinstitutioneller Galileo-Ausschuss wird zusammentreten, um jedes Gemeinschaftsorgan bei der Ausübung seiner jeweiligen Befugnisse zu unterstützen. Zu diesem Zweck wird der Ausschuss eingesetzt, um folgende Aspekte aufmerksam zu verfolgen:
  - a. die Fortschritte bei der Durchführung der europäischen GNSS-Programme, insbesondere im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe und den vertraglichen Vereinbarungen, vor allem in Bezug auf die ESA;
  - b. die internationalen Vereinbarungen mit Drittländern unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 300 des Vertrags;

- c. die Vorbereitung der Satellitennavigationsmärkte;
  - d. die Wirksamkeit der Unternehmenssteuerung und
  - e. die jährliche Überprüfung des Arbeitsprogramms.
3. Im Einklang mit den geltenden Vorschriften wahrt der Ausschuss die gebotene Verschwiegenheit insbesondere angesichts des vertraulichen bzw. sensiblen Charakters bestimmter Daten.
4. Die Kommission wird den Stellungnahmen des Ausschusses Rechnung tragen.
5. Dem Ausschuss gehören sieben Vertreter an, und zwar
- drei Vertreter des Rates,
  - drei Vertreter des Europäischen Parlaments,
  - ein Vertreter der Kommission.

Der Ausschuss tritt regelmäßig (grundsätzlich viermal pro Jahr) zusammen.

6. Die bestehenden Verantwortlichkeiten und die interinstitutionellen Beziehungen werden durch den Ausschuss nicht berührt.

**Entwurf einer Erklärung der Europäischen Kommission**  
**zur Einbeziehung des Interinstitutionellen Galileo-Ausschusses bei internationalen**  
**Vereinbarungen**

Die Kommission wird den Interinstitutionellen Galileo-Ausschuss über internationale Vereinbarungen unterrichten, so dass er internationale Vereinbarungen mit Drittländern im Einklang mit der Rahmenvereinbarung vom 26. Mai 2005 über die Beziehungen zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament und künftige diesbezügliche Vereinbarungen - unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 300 des Vertrags - aufmerksam verfolgen kann.

**Entwurf einer Erklärung der Europäischen Kommission**  
**zur Einleitung von Studien zum Betrieb des Galileo-Systems**

Angesichts der Aufforderung des Rates, im Jahr 2010 den in Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung vorgesehenen Vorschlag für die Betriebsphase der Programme vorzulegen, insbesondere was die Finanzierung, die Preisbildungspolitik und das Verfahren zur Einnahmenteilung anbelangt, wird die Kommission die hierfür erforderlichen Vorstudien im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates (Verkehr) vom 29./30. November 2007 im Jahr 2008 einleiten und im Jahr 2009 fortsetzen.

In diesen Studien wird speziell untersucht, welche Möglichkeiten für eine Einbeziehung des Privatsektors in die Steuerung der Betriebsphase der Programme nach 2013 bestehen und wie eine solche Einbeziehung - insbesondere in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft - gegebenenfalls gestaltet werden könnte.

**Entwurf einer Erklärung der Europäischen Kommission**  
**zur Einsetzung einer Gruppe von Sicherheitsexperten ("GNSS-Sicherheitsausschuss")**

Im Hinblick auf die Umsetzung des Artikels 10a Absatz 1 der Verordnung und zur Prüfung von Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Systeme beabsichtigt die Kommission, eine Expertengruppe einzusetzen, die sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Die Kommission wird dabei Folgendes sicherstellen:

- Der Expertengruppe werden ein Vertreter je Mitgliedstaat und ein Vertreter der Kommission angehören.
- Den Vorsitz der Gruppe führt der Vertreter der Kommission.
- Die Gruppe gibt sich eine Geschäftsordnung, die unter anderem vorsieht, dass Stellungnahmen im Konsens verabschiedet werden und dass die Experten alle die Sicherheit der Systeme betreffenden Aspekte zur Sprache bringen.

Die Kommission wird bei der Ausübung ihrer Befugnisse die Stellungnahmen der Expertengruppe umfassend berücksichtigen und verpflichtet sich, die Gruppe insbesondere vor der Festlegung der wichtigsten Sicherheitsanforderungen für die Systeme nach Artikel 10a der Verordnung zu konsultieren.

Die Kommission vertritt im Übrigen folgende Auffassungen:

- Die Vertreter der europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde und der Europäischen Weltraumorganisation sowie der Generalsekretär/Hohe Vertreter sollten unter den in der Geschäftsordnung der Gruppe festgelegten Bedingungen als Beobachter an den Beratungen der Gruppe teilnehmen.
- In den von der Europäischen Kommission geschlossenen Übereinkünften kann vorgesehen werden, dass Vertreter von Drittländern unter den in der Geschäftsordnung der Gruppe festgelegten Bedingungen als Beobachter an den Beratungen der Gruppe teilnehmen.

**Entwurf einer Erklärung der Europäischen Kommission**  
**zur Einberufung eines unabhängigen Expertenteams**

Um die Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 3 der Verordnung ordnungsgemäß anzuwenden, beabsichtigt die Kommission,

- ein unabhängiges Expertenteam für das Projektmanagement einzuberufen;
- dieses Team unter anderem mit der Überprüfung der Durchführung der Programme zu beauftragen, damit es entsprechende Empfehlungen, insbesondere hinsichtlich des Risikomanagements, abgeben kann;
- den in der Verordnung vorgesehenen Ausschuss regelmäßig über diese Empfehlungen zu informieren.

**Entwurf einer Erklärung der Europäischen Kommission**  
**zur Auslegung von Artikel 12a Absatz 3 Buchstabe c**

In Artikel 12a Absatz 3 Buchstabe c ist der Grundsatz festgeschrieben, wonach mindestens 40 % des Gesamtwerts der Tätigkeiten im Rahmen des Wettbewerbs auf verschiedenen Ebenen an Unternehmen zu vergeben sind, die nicht zu den Konsortien gehören, deren Mitglieder Durchführungsstelle für eines der Hauptpakete sind.

Die Kommission wird die Befolgung dieses Grundsatzes über den gesamten Vergabeprozess hinweg sehr genau überwachen und überprüfen und den Interinstitutionellen Galileo-Ausschuss (GIP) sowie den Ausschuss für die europäischen GNSS-Programme über die Einhaltung dieser Vorschrift und ihre Gesamtauswirkungen auf das Programm unterrichten.

Sollte sich aus den Vorausschätzungen im Laufe des Verfahrens ergeben, dass die 40 %-Schwelle nicht erreicht werden kann, so wird die Kommission geeignete Maßnahmen nach dem in Artikel 12a Absatz 3 Buchstabe c vorgesehenen Verfahren ergreifen.

---